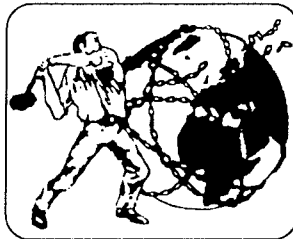


# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

6/10

Juni 2010

**Solidarität mit dem Kampf der Werktätigen in Griechenland!**

**Der deutsche Imperialismus wagt sich weiter vor:**

**Deutscher Herrenmenschen-Jargon gegen Griechenland!**

**Unabhängig von der schwer zu beantwortenden Frage, wie weit der zunehmende Konkurrenzkampf zwischen dem US-Imperialismus und dem deutschen Imperialismus (und anderen Imperialisten) zur relativen Abwertung des Euro und zur Zunahme der Widersprüche unter den Staaten in Europa beigetragen hat oder nicht, eins steht fest: Nicht nur der US-Imperialismus nutzt seine Chance über den IWF seinen Einfluss auf Länder wie Griechenland zu verstärken, gerade auch der deutsche Imperialismus schläft nicht. Er nutzt die Situation in dreifacher Weise:**

Er lässt in der Vulgär-Presse von „Bild“ bis „Focus“ eine **nationalistisch-rassistische Hetze** los und bereitet so vor, dass bei der Zunahme des Lohnabbaus und Sozialabbaus wie immer angeblich „die Ausländer schuld“ sind, momentan halt die Griechen. Gleichzeitig tarnt er den Kapitalexporth mit gigantischen Profiten als angeblich liebevolle Maßnahme, um den armen Menschen in Europa zu helfen.

Die **diktatorischen Töne der deutschen „Herrenmenschen“**, die den Griechen, als wäre Griechenland schon besetzt, klar vorschreiben, welche Gesetze sie zu erlassen haben und wie sie die Massen der Werktätigen auch im deutschen Interesse auszupressen und auszuplündern haben, **suchen ihr Resgleichen in den letzten Jahrzehnten**, bis hin zur offenen Drohung, Griechenland in der angeblich ach so „demokratischen“ EU, das „Stimmrecht“ zu entziehen.

Die gesamte Situation in Europa, speziell in Griechenland, bündelt die verschiedenen **Rivalitäten**

der **imperialistischen Großmächte**, lockert und festigt verschiedene Bündnisse und verstärkt den Druck auf die von den imperialistischen Großmächten abhängigen ökonomisch und politisch schwächeren Länder Europas. Das Konstrukt der Europäischen Union muss in sich brüchig sein, da imperialistische Großmächte wie Großbritannien, Frankreich, Deutschland zwar in manchen Punkten gemeinsam vor allem gegen den US-Imperialismus vorgehen wollen, aber auch untereinander tief verfeindete Konkurrenten sind. **Jede imperialistische Großmacht, so auch der deutsche Imperialismus, versucht in einer solchen Situation, seine Position zu verbessern.**

Unsere Aufgabe als Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland ist zwar, diese Entwicklung genau zu verfolgen, aber vor allem auch die historisch bedingten und aktuell auf dem Plan stehenden **imperialistischen Aktivitäten und Verbrechen des deutschen Imperialismus** aufzudecken und anzuprangern.

## Die massenhaften und vielfach militanten Kämpfe in Griechenland gegen verschärfte Ausbeutung, Sozialabbau und Entrechtung

Die Arbeiterinnen und Arbeiter Griechenlands, kämpferische Jugendliche und Werktätige verschiedener Bereiche führen seit Jahren beispielhafte Kämpfe. In diesen Kämpfen, das ist eine der wichtigsten Lehren, sind die in den Fabriken konzentrierten Arbeiterinnen und Arbeiter die zentrale, ja zunehmend führende Kraft.

Mehrfach schon wurden in Griechenland von den Herrschenden reaktionäre Maßnahmen zur Verschärfung der Ausbeutung und des Sozialabbaus beschlossen, die aber gegen den massiven Widerstand nicht durchgesetzt werden konnten. Zum Beispiel stieß **2001** ein Gesetz über Renten Kürzungen und Verlängerung der Lebensarbeitszeiten auf derartig massiven Widerstand, dass es **zurückgenommen** werden musste. Die herrschende Klasse in Griechenland, insbesondere aber auch der deutsche Imperialismus befürchten, dass dies auch heute wieder pas-

sieren kann, wo es um noch weit schärfere Angriffe auf die Lebenslage der werktätigen Bevölkerung Griechenlands geht.

Im **Dezember 2008** kam es zu heftigen und militanten Kämpfen, nachdem am 6. Dezember 2008 der 15jährige Alexis Grigoropoulos im Athener Stadtteil Exarcheia von einem Polizisten ermordet worden war. Mit Rufen „Mörder, Mörder!“ und „Nieder mit der Regierung der Mörder!“ gingen noch in derselben Nacht in Athen und weiteren Städten Tausende auf die Straße. In den folgenden Tagen und Wochen wurde Griechenland Schauplatz heftiger militanter Straßenkämpfe gegen die Polizei, die brutal mit Knüppeln, Tränengas, Gummischossen gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten vorging. Der Protest richtete sich nicht nur gegen die Regierungspartei, sondern insgesamt gegen die Willkür verschiedenster Organe der staatlichen

### Für die Bezahlung der Reparationsforderungen für die deutschen Nazi-Verbrechen in Griechenland kämpfen!

„Gerade Deutschland fehlt es an moralischer Berechtigung zur Schelte Griechenlands.“

Bis heute hat Deutschland die im Zweiten Weltkrieg während der Besetzung Griechenlands erhobene **Zwangsanleihe** in Höhe von **3,5 Milliarden US-Dollar** nicht rückerstattet.

Die **Reparationsforderungen** nach den Berechnungen der Pariser Konferenz der Siegermächte 1946 belaufen sich auf **7,1 Milliarden US-Dollar** nach Preisen von 1938. Es handelt sich um die Entschädigung für Beschlagnahme, Plünderung und Zerstörung von Privat- und Staatseigentum. Diesen Beitrag beschloss die 19 Siegermächte als Kriegsreparationen für Griechenland. Die griechischen Berechnungen belaufen sich auf einen Betrag von **15,76 Milliarden US-Dollar** nach Preisen von 1938. Von diesem Betrag erhielt Griechenland lediglich nicht nennenswerte Kleinbeträge!

Außerdem blieben in dieser Berechnung die **Opferentschädigungen** – allein für den Ort Distomo 58 Milliarden Euro –, für geraubte Goldbarren, Münzen, gestohlene antike Skulpturen usw. unberücksichtigt.

Wenn wir also über Gelder sprechen, die unter EU-Staaten geschuldet werden, so schuldet Deutschland Griechenland derzeit mehr als das Dreifache der derzeitigen griechischen Schulden.“

Aus dem offenen Brief der Hellenischen Gemeinde in Berlin vom 25. Februar 2010: „Es reicht mit der Beleidigung und Verleumdung der Griechen durch deutsche Medien und Politiker“ (<http://www.gr-gemeinde.de/sehp/sehp/showlist.php?grp=30&PHPSESSID=>)

Hier sei daran erinnert: Die nach Abschluss des Zwei-Plus-Vier-Vertrags gestellte griechische Entschädigungsforderung hat aufgedeckt, dass dieser Vertrag 1990 vom deutschen Imperialismus durchgesetzt wurde, um keine Reparationen zu zahlen. Der damalige Außenminister Genscher erklärte: „**Damit wir das Thema nicht wieder auf den Tisch kriegen, wird es nie einen Friedensvertrag geben.**“ (Der Spiegel 19/2000)

**Keine deutsche Regierung hat jemals griechische Entschädigungsforderungen anerkannt.**

Auch wenn es gewisse Verkürzung der Gesamtproblematik darstellt, bringt es doch die Sache auf den Punkt: Griechenland wird gezwungen für mehrere Milliarden Euro U-Boote vom deutschen Imperialismus zu kaufen, gleichzeitig wird die Türkei aufgerüstet. Das ist, beweiskräftig und unwiderlegbar, das neueste Beispiel dafür, **wie der deutsche Imperialismus Kriegsherde schürt und davon profitiert.**

Es ist nur logisch und nur richtig, dass die Masse der griechischen Werktätigen die Besetzung Griechenlands durch Nazi-Deutschland nicht vergessen hat, sich nicht nur gegen die ausbeuterische eigene herrschende Kapitalistenklasse, die Bourgeoisie, wehrt und erhebt, sondern laut und deutlich den deutschen Imperialismus anprangern und bekämpfen wird. Unsere Aufgabe ist überall die berechtigten Proteste und Kämpfe gegen den deutschen Imperialismus zu unterstützen.

Obrigkeit und ihrer Lakaien in den bürgerlichen Medien, in der Gewerkschaftsbürokratie usw. Die Sympathie bei einem sehr großen Teil der werktätigen Massen für die Protestierer stellte dabei eine wichtige Stütze dar.

Die griechischen Werktätigen arbeiten im Schnitt 42 Stunden die Woche. Ihr durchschnittlicher Bruttolohn im Privatsektor liegt bei nur knapp 800 Euro bei einem ähnlich hohen Preisniveau wie in Deutschland. Das ist der niedrigste Durchschnittslohn in allen Euro-Staaten. 30 Prozent der Jugendlichen sind erwerbslos. Von den rund 4,5 Mio. Erwerbstätigen sind mehr als eine Million Menschen nicht sozialversichert. 20 Prozent der griechischen Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze.

Am **9. Februar 2010** verkündete der Finanzminister Griechenlands von der EU geforderte und angeblich dem „nationalen Wohl“ dienende „Sparmaßnah-

men“, welche die bisherigen Einschnitte in den Arbeits- und Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung in Griechenland noch weiter verschärfen.

– Anheben der Mehrwertsteuer von 21 auf 23 Prozent, nachdem diese erst vor kurzem von 19 auf 21 Prozent erhöht worden war; Anheben der Tabaksteuer, der Alkoholsteuer, der Benzinsteuern;

– Anheben des Rentenalters um bis zu fünf Jahre bei gleichzeitiger drastischer Senkung der Rentenhöhe;

– Massive Gehaltssenkungen im öffentlichen Dienst, Abschaffung bzw. Reduzierung des 13. und 14. Monatsgehalts (Urlaubs- und Weihnachtsgelds), das bisher Teil der im Durchschnitt sehr niedrigen Gehälter war;

– Einstellungstopp im öffentlichen Dienst, 200.000 sollen ihren Job verlieren;

– Abbau des Kündigungsschutzes auch in der Privatwirtschaft;

– das tarifliche Kollektivvertragsrecht soll ausgehebelt werden.

Bereits am folgenden Tag wurde auf einem landesweiten 24stündigen Streik der Angestellten des öffentlichen Dienstes auch dagegen protestiert. 75 Prozent der mindestens 500.000 im öffentlichen Dienst Beschäftigten nahmen an dem Ausstand teil.

Am 24. Februar 2010 führten dann große Teile der Werktätigen in Griechenland einen landesweiten Generalstreik durch. Sie protestierten gegen die von der reaktionären griechischen Regierung gerade auch im Interesse der führenden imperialistischen Staaten der EU, insbesondere auch im Interesse des deutschen Imperialismus, aufgezwungenen äußerst tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Einschränkungen. Griechenland wurde lahmgelegt. In 70 Städten fanden Demonstrationen und Kundgebungen statt. Neben Beschäftigten von Versorgungs- und Verkehrsunternehmen beteiligten sich 90 Prozent der Bauarbeiter und 70 Prozent aller in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter.

Bereits am 11. März 2010 legte ein weiterer Generalstreik das Land lahm. 90 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter traten in den Streik. Der öffentliche Verkehr kam zum Stillstand. Schulen und Behörden blieben geschlossen, Nachrichtensendungen in Rundfunk und Fernsehen fielen aus. Die Regierung Griechenlands setzte 150.000 Polizisten gegen die Streikenden in Marsch. Es kam zu ersten heftigen Kämpfen mit der Polizei, die am Vortag den revolutionären Aktivisten Lambros Fountas ermordete.

Zu einem weiteren landesweiten 48stündigen Streik kam es am 21. und 22. April. Auch an den Demonstrationen beteiligten sich wieder zehntausende Werktätige.

Die Proteste und Kämpfe gewannen weiter an Fahrt. Die Demonstrationen am 1. Mai 2010 waren seit mehreren Jahren die größten an diesem Tag in Griechenland. Von da ab fanden fast täglich Streik-kämpfe und Demonstrationen verschiedenster Be-

rufszweige statt, die sich gegenseitig überschneiden und somit unterstützen konnten.

Am 3. Mai streikten Angestellte in Athen. Am 4. und 5. Mai traten die Lehrerinnen und Lehrer in den Streik, allein in Athen demonstrierten 4.000 von ihnen. Bis zu 60 Lehrerinnen und Lehrer besetzten eine Fernsehanstalt und wurden von der Polizei blutig zusammengeschlagen. Trotzdem gelang es ihnen über den Fernsehsender ihren Protest gegen die drastischen Verschlechterungen in einer Ansprache öffentlich bekannt zu geben. Unmittelbar danach haben sich zirka 1.000 Menschen zu einer Solidaritätsdemonstration mit den von der Polizei brutal attackierten Lehrerinnen und Lehrern zusammengefunden.



Militante Kämpfe am 1. Mai 2010 in Griechenland gegen die Polizei

Am 5. Mai 2010 wurde der dritte landesweite Generalstreik des Jahres 2010 durchgeführt, der bisher größte und militanteste seit der „Finanzkrise“. Hunderttausende beteiligten sich daran, nicht nur Werktätige des staatlichen Bereichs, sondern in hohem Maß auch Arbeiterinnen und Arbeiter der „Privatindustrie“. Allein in Athen gingen am 5. Mai mindestens 200.000 Menschen voller Wut auf die Straße. Die Innenstadt befand sich weitgehend in der Hand der Demonstrierenden. Es wurden Banken angegriffen und es wurde versucht, das Parlament zu stürmen. Über mehrere Stunden wurden regelrechte Schlachten mit Polizeitruppen vor dem Parlament geführt. An den Kämpfen beteiligten sich auf Seiten der Demonstrierenden neben jugendlichen Aktivistinnen und Aktivistinnen Werktätige aus allen Altersstufen. Aktiv dabei waren auch zahlreiche Werktätige aus anderen Herkunftsländern sowie viele Flüchtlinge, die in Griechenland vor allem wegen der reaktionären EU-Asylverweigerungspolitik ein elendes Dasein fristen. Massendemonstrationen fanden in sämtlichen Städten des Landes statt. In Thessaloniki zogen 50.000 Streikende durch die Stadt und zerstörten in der zweitgrößten Stadt Griechenlands mehrere dutzend Banken und Niederlassungen von Konzernen. In Patras schlossen sich Bäuerinnen und Bauern auf ihren Traktoren und die Fahrer der Müllabfuhr einer Demonstration von mehr als 20.000 Protestierenden an, in deren Verlauf im Stadtzentrum Barrikaden errichtet wurden. Es kam zu mehrstündigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Auch

in Ioannina griffen Demonstrantinnen und Demonstranten Banken und Konzern-Niederlassungen an. In vielen Orten wurden Rathäuser besetzt, so in Naxos und in Naoussa und auf Korfu.

Auch nach dem Generalstreik setzten sich die Demonstrationen und Proteste fort. So demonstrierten am Abend des 6. Mai tausende Werktätige vor dem griechischen Parlament, in dem zu dieser Zeit die „Sparmaßnahmen“ beschlossen wurden. Die Polizei griff die Protestierenden mit Knüppeln und Tränengas an.

Auch nach der Verabschiedung der wirtschaftlichen und sozialen Verschlechterungen durch das griechische Parlament am 6. Mai gingen und gehen die Proteste weiter.

Am 15. Mai demonstrierten in Athen mehrere Zehntausend Demonstrantinnen und Demonstranten, wobei es zu einer zeitweiligen Besetzung des Arbeitsministeriums kam.

Aus Protest gegen die von der Regierung verabschiedeten „Sparmaßnahmen“ legten am 20. Mai 2010 landesweite Streiks Griechenland bereits zum vierten Mal seit Jahresbeginn weitgehend lahm. Im Hafen von Piräus liefen keine Fähren aus, Züge, Busse und Bahnen standen still. Erneut demonstrierten mindestens 20.000 Arbeiterinnen und Arbeiter und andere Werktätige in Athen. Zehntausende Werktätige beteiligten sich an Demonstrationen, um u. a. gegen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die in der Privatwirtschaft drohenden und im öffentlichen Dienst bereits beschlossenen Lohnkürzungen zu protestieren.

Deutsche Politiker und Medien äußerten und äußern ihr „Unverständnis“ für diese Kämpfe, die angesichts der „Krise“ und bei „leeren Kassen“ angeblich völlig unnötig seien. Besonders alarmiert sie, dass vielfach nicht nur Jugendliche, sondern Arbeiterinnen und Arbeiter, ja sogar Lehrerinnen und Lehrer militant gegen Polizei und diverse verhasste staatliche Einrichtungen vorgehen. Als sich im Zentrum Athens im Februar 2010 Tausende versammelten und Parolen gegen die EU und ihre „eigene“ Regierung riefen, entzündeten sich diverse reaktionäre „Focus“-Korrespondenten in einem gemeinsamen Hetzartikel darüber, dass auf zahlreichen Schildern zu lesen war: „Wir werfen die Sparpolitik auf den Müllhaufen“ (Focus 8/2010).

Gerade die massenhafte Ablehnung der Unterordnung unter die „Logik“ der „Sachzwänge“ der kapitalistischen und imperialistischen Ausbeuterinteressen und Ausbeuterherrschaft ist die Stärke der Kämpfe in Griechenland in den letzten Wochen, Monaten und Jahren.

**Für uns gilt es die Solidarität massiv auszu-dehnen, direkte Kontakte zu den Kämpfenden in Griechenland aufzunehmen, sie zu besuchen, sie hierher einzuladen, kämpferische Stellungnahmen zu übersetzen und zu verbreiten, um sie maximal zu unterstützen und von ihren Erfahrungen für den Kampf hier zu lernen!**

(Quellen: junge Welt, tageszeitung, labournet, indymedia)

## Drei wichtige Einschnitte beim verschärften imperialistischen Vormarsch des deutschen Imperialismus

### Wichtiger Einschnitt in der weltweiten Rivalität US-Imperialismus und deutscher Imperialismus

Das aggressive Agieren „unserer“ herrschenden Klasse, d. h. des deutschen Imperialismus gegen Griechenland lässt sich unserer Meinung nach nur im weltweiten Zusammenhang verstehen.

In seinem „dritten Anlauf“, die führende Position unter allen imperialistischen Großmächten der Welt zu erlangen, weltweit zum dominierenden Ausbeuter und Unterdrücker zu werden, stößt der deutsche Imperialismus heute in erster Linie auf ein Hindernis: den USA-Imperialismus als die nach wie vor weltweit stärkste imperialistische Großmacht, die dem

deutschen Imperialismus auf vielen Gebieten immer noch überlegen ist.

Um diesem stärksten Konkurrenten auf mittlere und lange Sicht Paroli bieten und diesen überflügeln zu können, war und ist für den deutschen Imperialismus das Projekt der „Einigung Europas“ ein, wenn auch nicht der einzige Hebel. Ihnen geht es darum, durch einen Zusammenschluss europäischer Staaten, in dem Deutschland das größte Gewicht hat, eine Gegenkraft vor allem gegen die USA, aber auch gegen Japan zu formieren.

So waren die deutschen Imperialisten als wirtschaftlich stärkste Macht der EU auch federführend bei dem Beschluss der Regierungschefs der EU vom Jahr 2000 in Lissabon, Löhne und Sozialleistungen massiv abzubauen, um die „Leistungskraft“ der im-

prialistischen Bourgeoisien Europas, gerade auch Deutschlands, maximal zu stärken, und das mit dem offen erklärten EU-Ziel, die USA als Wirtschaftsmacht Nr. 1 abzulösen.

Gerade aus der Sicht des deutschen Imperialismus spielt dabei auch die Einführung des Euros 2001 eine wichtige Rolle. Vorrangig geht es der imperialistischen Bourgeoisie Deutschlands dabei nicht einmal darum, dass eine einheitliche „harte“ Währung nach den von Deutschland geforderten und durchgesetzten „Maastricht-Kriterien“ im „Euro-Raum mit fast 400 Millionen Menschen das stark „exportorientierte“ Monopolkapital Deutschlands in den letzten Jahren begünstigt hat.

Vor allem soll mit dem Euro das Mittel geschaffen werden, um dem Dollar als weltweite „Leitwährung“

Paroli zu bieten, ja diesen „abzulösen“. Damit wollen die deutschen Imperialisten erreichen und haben sie teilweise auch schon erreicht, was ihnen mittels der DM so nicht möglich gewesen wäre: eine Währung, die weltweit dem Dollar Konkurrenz machen kann. Die aggressive Haltung der deutschen Politik gegen Griechenland hängt eng damit zusammen, sich diese Waffe der Rivalität mit dem US-Imperialismus keinesfalls aus der Hand schlagen zu lassen. So äußerten bürgerliche Medien ihre Befürchtung, dass z. B. eine verkleinerte „Euro-Zone“ ein Rückschlag für den deutschen imperialistischen Vormarsch wäre: „Der Plan, mit dem Euro eine Weltwährung in Konkurrenz zum US-Dollar zu schaffen, wäre gescheitert“. (Frankfurter Rundschau und Berliner Zeitung gleichlautend am 24.5.2010).

Dass die US-Imperialisten ihrerseits diese ökonomische „Kriegserklärung“ nicht passiv hinnehmen und kampflös als Nr. 1 abdanken würden, ist dabei ganz klar, auch wenn es schwer ist, dies beim heutigen Stand der Widersprüche exakt festzumachen.

Fest steht so oder so: Der erbarmungslose Kampf der imperialistischen Großmacht Deutschland, um im Inland wie in der ganzen Welt in Konkurrenz mit den anderen imperialistischen Großmächten Maximalprofite aus den Arbeiterinnen und Arbeitern herauszupressen, wird sich in den nächsten Jahren noch verschärfen.

### Wichtiger Einschnitt bei der Knechtung der Völker kleiner Länder im Interesse der deutschen Hegemonialpolitik

Griechenland ist heute ein kapitalistisches Land, das einerseits eigene expansionistische Interessen, insbesondere gegenüber seinen Nachbarländern verfolgt (Mazedonien, Zypern), andererseits aber auch selbst stark abhängig ist von den imperialistischen Großmächten.

Der US-Imperialismus hat bis heute Militärbasen und Truppen in Griechenland und konkurriert vor allem mit den imperialistischen Großmächten Europas, insbesondere auch mit dem deutschen Imperialismus, um Einfluss in Griechenland. In der weltweiten Konkurrenz des deutschen Imperialismus mit den übrigen imperialistischen Großmächten, vor allem dem US-Imperialismus, hat der deutsche Imperialismus auch in Griechenland stark aufgeholt und ist auf verschiedenen Gebieten in eine führende Position vorgerückt, z. B. als Nr. 1 beim Warenimport und -export. (Zum wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einfluss des deutschen Imperialismus in Griechenland siehe ausführlich Flugblatt von Gegen die Strömung 2-3/09 „Der deutsche Imperialismus und Griechenland“)

Unbestritten war und ist es international vor allem die deutsche Merkel-Regierung, welche von der herrschenden Klasse in Griechenland die umgehende und umfassende Durchsetzung des sozialen Kahlschlags nach dem „Modell Deutschland“ fordert.

Zugleich betreibt der deutsche Imperialismus eine Politik der immer direkteren Unterwerfung dieses Landes unter seine Großmachtinteressen. Sofern es ihm nützlich erscheint, benutzt er dabei geschickt seine Bündnis- und Verschleierrpolitik, um seine eigenen realen Interessen hinter der EU zu verstecken.

So wurden unter maßgeblichem Betreiben der deutschen Regierung Anfang 2010 Griechenlands Parlament und Regierung faktisch entmachtet. Sie dürfen ohne Zustimmung der EU keine neuen Ausgaben beschließen. Griechenland werden als erstem Staat

### Wie die „Griechenlandkrise“ für forcierte deutsche Rüstungspolitik genutzt wird

Neben der Frage der noch immer ausstehenden Reparationszahlungen in Gesamthöhe von über 100 Mrd. Euro gibt es vor allem noch ein zweites Tabu der deutschen Griechenlandpolitik: die seit Jahrzehnten gegenüber Griechenland und – kein Zufall – zugleich gegenüber der Türkei betriebene Aufrüstungs- und Rüstungsexportpolitik. Hier ist von Kürzungen und Einsparungen ganz und gar nicht die Rede. Im Gegenteil, bei seinem Besuch in Griechenland Anfang 2010 drängte der deutsche Außenminister die griechische Regierung, sechzig weitere Kampfflugzeuge vom Typ Eurofighter anzuschaffen. Griechenland besitzt dabei schon 750 Kampfpanzer vom Typ Leopard und Unmengen anderes deutsches Kriegsggerät.

Durch das rigide Programm von Lohnkürzungen und Sozialabbau soll es in Griechenland 2010 „Einsparungen“ von 4,8 Mrd. Euro geben. Allein für den Kauf neuer Rüstungsgüter gibt die griechische Regierung im laufenden Jahr 2,8 Mrd. Euro aus, dafür gehen also fast 60 Prozent der so genannten „Einsparungen“ drauf. Von deutscher Seite massiv unter Druck gesetzterklärte der griechische Kriegsminister Venizelos am 22. März 2010, Griechenland werde die in Deutschland bestellten U-Boote im Wert von 2,85 Mrd. Euro abnehmen und bezahlen und gleich noch zwei weitere U-Boote bestellen. Außerdem fordern die deutschen Rüstungskonzerne ThyssenKrupp und Krauss-Maffei-Wegmann, dass mit dem deutschen Kreditanteil vorrangig ihre „ausstehenden Forderungen“ aus vergangenen Rüstungsgeschäften beglichen werden (Welt-Online, 2.5.2010).

Deutschland ist heute die Nr. 3 auf der Welt bei Waffen- und Rüstungsexporten. Die deutschen Rüstungsausfuhren stiegen in den vergangenen fünf Jahren um rund 70 Prozent, der deutsche Weltmarktanteil am Waffenhandel konnte von sieben auf zehn Prozent ausgebaut werden (laut letztem SIPRI-Report). Mehr als ein Viertel davon machen allein die Ausfuhren in die beiden Länder Türkei und Griechenland aus. Mit 14 Prozent Anteil ist die Türkei weltweit das wichtigste „Abnehmerland“ für deutsche Kriegsausrüstung, mit 13 Prozent steht das erheblich kleinere Griechenland bereits an zweiter Stelle.

Um die Rüstungsgeschäfte auszudehnen sind alle Mittel recht. 2008 sagte R. Siekaczek, der ehemalige Top-Manager von Siemens und langjährige Chef der „schwarzen Kasse“ von Siemens, vor Gericht aus, Siemens habe insgesamt rund 15 Millionen Euro Schmiergeld pro Jahr aufgewendet, um in Griechenland Politiker zu kaufen, gerade auch um Rüstungskäufe der griechischen Armee in Milliarden-Höhe zu finanzieren. Dabei „investierte“ der Siemens-Konzern, der u. a. Lieferant von Brennstoffzellen für U-Boote von HDW ist, in den letzten Jahren gezielt in Politiker beider großen reaktionären Parteien Griechenlands.

Diese Rüstungsgeschäfte mit Griechenland werden übrigens auch von der IG Metall-Führung unterstützt. Besonders wenn Rüstungsgeschäfte zu platzen drohen, machen sich die Gewerkschaftsfürsten unter Berufung auf die Arbeitsplätze in Deutschland dafür stark. Bei alledem geht es aber nicht nur um enorme Profite, sondern um eine langfristige Politik und Strategie des deutschen Imperialismus. Zum einen entstehen und festigen sich durch Rüstungsexporte wirtschaftliche Abhängigkeiten und politisch-militärischer Einfluss auf die jeweiligen Staaten und ihre Armeen. Zum anderen gehört es seit Jahrzehnten zur Strategie des deutschen Imperialismus, Konflikte zwischen anderen Ländern durch wirtschaftliche und militärische Verbindungen mit beiden Seiten gezielt zu schüren und am laufen zu halten, um diese Situation maximal für die Steigerung des eigenen Einflusses zu nutzen. Deutsche Politik ist es, sowohl die Türkei als auch Griechenland, die bekanntlich auch untereinander Konflikte haben und schon Krieg gegeneinander geführt haben, maximal mit deutschen Waffen und Militärgeräten hochzurüsten, so auch mit U-Booten. 2009 z. B. unterzeichnete auch die Türkei einen Vertrag zur Lizenzherstellung von sechs deutschen U-Booten der Klasse U 214 im Wert von 2 Mrd. Euro. Das hat System. Erinnert sei nur an den zehnjährigen Krieg zwischen Iran und Irak ab 1981, als aus Deutschland an jede Seite ungefähr Waffen für je rund eine halbe Milliarde Euros gingen, die in einem reaktionären Krieg eingesetzt wurden, in dem auf beiden Seiten je rund 1 Millionen Menschen getötet wurden.

Europas auf diese Weise Etat Kürzungen aufgezwungen. „Die EU stellt das Problem der Eurozone unter Kuratel“, hieß es triumphierend in der „Wirtschaftswoche“ (4.2.2010). Merkel äußerte am 1. Mai 2010 gar, man müsse daran denken, einem Staat wie Griechenland innerhalb der angeblich auch so „demokratischen“ EU-Gremien das Stimmrecht zu entziehen.

Es geht darum, dass der deutsche Imperialismus als imperialistische Großmacht im Rivalitätskampf mit den anderen imperialistischen Großmächten real die Politik forciert, sich auch die kleinen Länder in Europa immer mehr zu unterwerfen, sei es indirekt über wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einfluss als gewichtigste Großmacht der EU, sei es schließlich

machtinteressen eingesetzt würde, ist bestenfalls naiv. (Hier sei nur daran erinnert, dass der ehemalige SPD-Finanzminister Steinbrück im Zusammenhang mit „Steuerflucht“ 2008/2009 der Schweiz mehrmals indirekt mit der Bundeswehr gedroht hat).

In den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) von 2003 und davor schon in den Rcht von 1992 ist sogar offiziell als Aufgabe der Bundeswehr festgeschrieben, die „Aufrechterhaltung des freien Welt Handels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ (VPR 1992) zu sichern.

Mit chauvinistischer und militaristischer Propaganda wird massiv darauf hingearbeitet, die öffentliche Meinung zunehmend darauf einzuschwören. Daher plauderte Bundespräsident Köhler kurz vor seinem Rücktritt in einem Interview Ende Mai 2010 nur aus, worum es wirklich geht. Er erklärte, „dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurück schlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen. Alles das soll diskutiert werden und ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg.“ (Zitiert nach Frankfurter Rundschau, 28.5.2010)

Die werktätigen Massen Griechenlands nehmen sehr wohl zur Kenntnis, ob in Deutschland dieser imperialistischen Großmacht politik entgegengetreten wird oder nicht. Die Tatsache, dass Griechenland selbst ein kapitalistisches Land mit einer ausbeuterischen herrschenden Klasse ist, die mit ihrem reakti-

Autorenkollektiv  
**Die Kämpfe in Griechenland 1941-1949**  
Die Kämpfe gegen die Nazi-Besatzter (1941-1944) und gegen die englisch-amerikanische Intervention (1944-1949)

Rote Hefte

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

**Anzeige**

Rote Hefte 29 (Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2009)

**Autorenkollektiv:**

**Die Kämpfe in Griechenland 1941-1949**

- Die Kämpfe gegen die Nazi-Besatzter (1941-1944)
- Die Kämpfe gegen die englisch-amerikanische Intervention (1944-1949)

**Preis: 1 Euro**

Zu beziehen über:  
**Buchladen Georgi Dimitroff**  
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt am Main

auch unverhüllt und direkt durch deren Entrechtung, durch deren offene, unter Umständen auch militärisch vollzogene und abgesicherte Unterwerfung.

Die Vorstellung, dass die Bundeswehr etwa nur in einem Land wie Afghanistan oder im Kosova „deutsche Interessen“ durchzusetzen und zu sichern hat, nicht aber in Griechenland oder anderswo als „Gerichtsvollzieher“, als Vollstrecker deutscher Groß-

onären Staatsapparat die Arbeiterinnen und Arbeiter Griechenlands unterdrückt, darf für uns hier in Deutschland kein Grund sein, all diese Machenschaften und Dominanzbestrebungen des deutschen Imperialismus zu entlarven und zu bekämpfen.

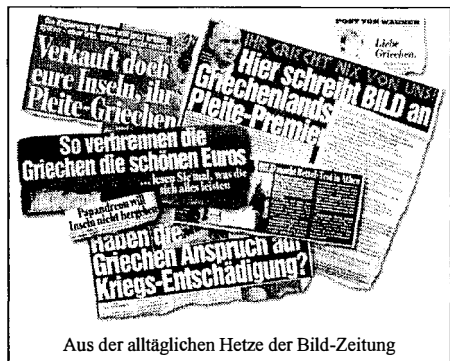
## Wichtiger Einschnitt bei der Verhetzung der Bevölkerung in Deutschland: Kombination von dreckiger antigriechischer Hetze und imperialistischer „Hilfe“-Propaganda

Vor allem ab Februar 2010 wurde in Deutschland von Politikern und Medien gegen Griechenland, gegen die griechische Bevölkerung eine deutsch-chauvinistische und auch rassistische Hetze losgetreten, wie es diese seit längerer Zeit nicht mehr gegen ein anderes Land und dessen Bevölkerung gegeben hat.

### Die Verhetzungspolitik bekämpfen

Chauvinistische und rassistische Hetze ist immer übel, egal gegen wen sie sich richtet. Dass eine solche Hetzlawine sich aber plötzlich gegen die in der „normalen“ deutsch-chauvinistischen Einschleppung bisher nicht besonders „verdächtige“ griechische Bevölkerung richtet und ruckzuck zutiefst reaktionäre Hassstimmungen gegen dieses Land und seine Bevölkerung hervorrufen kann, hat viele fortschrittliche Menschen aber doch überrascht.

Die Anti-Griechenland-Hetze zeigt die Macht der Medien im Herrschaftsgefüge des deutschen Imperialismus, quasi auf Knopfdruck jede beliebige Gruppe oder sogar jedes beliebige Land für die Hetze freizugeben. Dabei können jederzeit, oft auch mit direktem historischem Rückgriff, typische Muster deutsch-chauvinistischer und rassistischer Verhetzung abgerufen und für die gerade aktuelle Hetze genutzt werden.



Aus der alltäglichen Hetze der Bild-Zeitung

Man kommt nicht drum herum, sich die Lügen, Demagogien und Mechanismen dieser Hetze anzusehen. Denn diese in unterschiedlichen Formen, mal offen und plump, mal etwas raffinierter, millionenfach verbreitete Verhetzung wirkt. Ohne dieses widerliche Zeug zu kennen, zu durchschauen und zu bekämpfen ist auf lange Sicht die Dominanz der reaktionären Ideologie in den Köpfen auch der Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht zu brechen und zu zer schlagen.

Die deutsche Verhetzungspolitik gegen Griechenland und die griechische Bevölkerung hat unserer Meinung nach vor allem folgende Funktionen.

**Erstens, und das ist im Grunde am wichtigsten, richtet sich diese Hetze gegen die Solidarierung mit den gerechten Kämpfen in Griechenland und soll zugleich verhindern, dass hier in Deutschland größere Teile der Arbeiterklasse und andere Werktätige ihrerseits „auf griechische Weise“ zu kämpfen beginnen.**

So verwendet der Focus als Verhetzung- und Spaltungsmuster die verlogene und demagogische Gegenüberstellung von angeblich „faulen“ Griechen und angeblich so „fleißigen“ Deutschen: „*Fassungslos blicken die Deutschen auf die unglaublichen Verhältnisse auf dem Peloponnes. Während sie*

Dass gegen Griechenland und gegen die Griechinnen und Griechen nunmehr nahezu „alles erlaubt“ ist, zeigte das angeblich ach so „seriöse“ Magazin „Focus“ in seiner Ausgabe vom 22. Februar 2010 gleich mit drei langen Hetzartikeln. Schon dessen Titelseite zeigt die Marschrichtung der Hetze: „*Betrüger in der Euro-Familie – Bringt uns Griechenland um unser Geld – und was ist mit Spanien, Portugal, Italien?“* Unter bewusster Anspielung auf das englische Wort „pigs“ (Schweine) heißt es über Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien: „*Das Rudel der „Piggs“ rumpelt durch die EuroZone und hinterlässt überall Verwüstung.*“

Auf griechische Einsicht dürfe man nicht hoffen: „*Bestechung, Korruption und Steuerhinterziehung sind den Griechen offensichtlich in Fleisch und Blut übergegangen.*“ (*Focus 2010 über die griechische Bevölkerung*)

Der Focus zitiert auch aus einem Buch des deutschen rassistischen „Orientalisten“ Fallmerayer aus dem Jahr 1830: *Kein Tropfen des alten Heldenblutes fließt ungemischt in den Adern der jetzigen Neugriechen... Eure schwärmerische Teilnahme ist verschwendet an ein entartetes Geschlecht...*“ Der „Fo-

selbst bis 67 arbeiten müssen, machen die Griechen schon sechs Jahre früher Schluss“ (*Focus 23.02.10*). Die Tatsache, dass das reale durchschnittliche Renteneintrittsalter in Griechenland mit rund 61 Jahren aufs Jahr genau dem EU-Durchschnitt entspricht, wird natürlich nicht erwähnt. Wichtiger ist aber noch: Mit dieser Hetze soll das Verständnis bekämpft werden, dass es vom Klassenstandpunkt der Arbeiterinnen und Arbeiter aus nur gut und nachzuahmen ist, wenn sich die Werktätigen in Griechenland ein früheres gesetzliches Renteneintrittsalter erkämpft haben und dieses energisch verteidigen.

**Zweitens** sollen „die Griechen“ zu Sündenböcken des verschärften Sozialabbaus in Deutschland gemacht werden. Unter Überschriften wie „*Milliarden für Griechenland – und was ist mit uns?*“ wurden in der „Bild“ tagelang immer wieder „einfache Leute“ zitiert wie z. B. eine Floristin aus Thüringen, die man sagen lässt: „*Ich hab Angst um meine Rente, ich soll nur 400 Euro bekommen. Dafür habe ich 45 Jahre gearbeitet. Wir bezahlen den Griechen ihre Luxus-Renten und haben selber nicht genug. Eine Frechheit!*“ (Bild, 30.4.2010) Gleichzeitig wird damit generell die „Logik“ des weiteren Sozialabbaus eingehämmert: Wer auf „unsere“ („Deutsche“, „Steuerzahler“ usw.) Kosten lebt, muss abgestraft und herabgestuft werden. Diese Hetze wurde in Deutschland 2004 von Schröder & Co. bei der Einführung von Hartz IV eingesetzt und dient aktuell zur Durchsetzung des bereits beschlossenen und geforderten weiteren Sozialabbaus, weiteren Einschränkungen bei Hartz IV usw.

**Drittens** soll damit die für die Herrschenden in Deutschland durchaus nicht unwichtige Unterstützung breiter werktätiger Massen für ihre reaktionäre und imperialistische Diktatpolitik gegen die Bevölkerung Griechenlands und anderer Länder eingeholt werden. Die griechische Bevölkerung wird aufs übelste verunglimpft und beschimpft, um zu folgern: die haben's nicht anders verdient. So hetzt der „Focus“, die Griechen hätten es mit „*Lügen, tricksen und verschleiern*“ erreicht, dass „*wir*“ hier in Deutschland das angebliche griechische „Schlaraffenland“ seit Jahren „*sponsern*“ würden. Die Botschaft ist klar: dagegen müssen „*wir*“ endlich vorgehen. „*Istes nicht das Recht des Sponsors, bei Betrügereien den Geldhahn zuzudrehen?*“ (*Focus, 23.2.2010*)

### „Für oder gegen Hilfen?“ – Die Lüge vom „kleineren Übel“ bekämpfen!

Diese ganze Dreckshetze widert jeden fortschrittlichen Menschen selbstverständlich an. Doch bei der Ablehnung dieser Hetze ist eine große Falle aufgestellt. In diese Falle tappt man, wenn man sich auf

cus“ kommentiert bestätigend: „*Die modernen Griechen beweisen ihre Unähnlichkeit mit ihren Vorfahren jedenfalls quasi täglich.*“ In Griechenland gebe es heute nämlich praktisch nichts, was von Wert und Bedeutung sei, „*keinen bedeutenden Dichter, Komponisten, bildenden Künstler oder Philosophen*“.

Sich bei der antigriechischen Hetze auf Fallmerayer zu berufen steht in Deutschland in einer bestimmten Tradition, in der Nazi-Tradition. Die Nazis haben sich dessen rassistische Thesen (die „alten“ Griechen gäbe es vor allem wegen „Slawisierung“ nicht mehr) bedient, um zu „begründen“, warum sie trotz ihrer scheinbaren Bewunderung für die alten Griechen nach der Okkupation des Landes dort ihre Mord- und Ausplünderungspolitik gegen die griechische Bevölkerung betrieben haben.

Ein General der Nazi-Wehrmacht, der 1943 die Kleinstadt Kalavryta zerstören und 700 Männer exekutieren ließ, beschimpfte damals zugleich die Griechen als „*Sauvolk*“ der „*Nichtstuer, Schieber und Korrupteure*“ (Nach: Deutschlandradio, www.dradio.de/dkulturlsendungen/hema/1135445)

In der Tat, wie sich die Töne gleichen.

die Seite der Befürworter der angeblichen „Hilfe“-Politik schlägt. Die Frage „für oder gegen Hilfen“ ist in Wirklichkeit demagogisch und nur eine Spielart der alten reaktionären Litanei vom angeblich „kleineren Übel“, das es stets zu unterstützen gelte. In Wirklichkeit ist beides schlechter!

Das verdeutlicht schon der Umstand, dass sich sowohl Gegner als auch Befürworter zumeist auf das gleiche chauvinistische und imperialistische Motiv berufen: was nützt letztendlich „uns“ am meisten, was nützt letztendlich den „deutschen Interessen“, sprich den Zielen des deutschen Imperialismus am meisten.

Vor allem liegt dem auch die falsche Annahme zugrunde, als ob es sich bei den von der Merkel-Regierung beschlossenen Krediten und Kreditbürgschaften tatsächlich um eine Art gutgemeinte „Hilfe“ für Griechenland handeln würde. Bei dieser „Hilfe“ geht es in Wirklichkeit aber um *Kredite* an den griechischen Staat, die dieser großteils für Zinszahlungen an die Banken durchreicht. Aber nicht nur für die Banken, sondern auch für den deutschen Staat ist das ein anvisiertes riesiges Geschäft, wenn auch nicht ohne Risiko. Der deutsche Anteil an der von der EU beschlossenen „Griechenland-Hilfe“ in Höhe von 8 Mrd. Euro allein für dieses Jahr kommt nicht aus dem Bundeshaushalt, sondern der deutsche Staat leiht sich diesen Betrag für einen deutlich geringeren Zinssatz als er Griechenland in Rechnung stellt z. B. bei der deutschen KfW-Bank, die dieses Geld wiederum zu einem noch niedrigeren Zinssatz von der Europäischen Zentralbank erhält. Das bedeutet einen jährlichen Zinsgewinn von mehreren hundert Millionen Euro (siehe Frankfurter Rundschau, 27.5.2010). Durch diesen als „Hilfe“ getarnten hochprofitablen Kapitalexpert verstärkt sich die wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit Griechenlands gerade auch vom Finanzkapital Deutschlands nochmals ganz enorm.

Tatsächlich handelt es sich also bei alledem um **Facetten und Varianten einer gleichermaßen reaktionären und imperialistischen Politik, die es auf der ganzen Linie zu bekämpfen gilt.**

☆☆☆

Aufgabe und „Bezugspunkt“ fortschrittlicher und revolutionärer, sich auf den Kommunismus berufender Kräfte kann einzig und allein die Unterstützung der gerechten Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie anderer Werktätigen, der revolutionären Kräfte in Griechenland und überall sonst sein, wobei es für uns hier in Deutschland vor allem darauf ankommt, alle und jegliche Machenschaften „unseres“ Hauptfeindes, den deutschen Imperialismus zu entlarven und zu bekämpfen.

### Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!